

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Kristian Ronneburg (**LINKE**)

vom 09. Januar 2017 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 09. Januar 2017) und **Antwort**

IGA 2017 (V) – Sicherheitskonzept für die IGA?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Frage 1: Wie schätzt der Senat die Sicherheitslage auf dem IGA-Gelände sowie im Umfeld während der mehrmonatigen Veranstaltung, die Millionen von Besucher*innen erwartet, ein?

Antwort zu 1: In einer Sicherheitsrunde mit der Internationalen Gartenausstellung (IGA) Berlin 2017 am 02.11.2016 wurde die Sicherheitslage entsprechend anderer Großveranstaltungen eingeschätzt.

Eine konkrete Gefährdung der Veranstaltung IGA Berlin 2017 ist dem Senat von Berlin derzeit nicht bekannt. Unabhängig davon gilt die durch das Bundeskriminalamt festgestellte abstrakt hohe Gefährdungslage für die Bundesrepublik Deutschland in Bezug auf einen terroristischen Anschlag mit islamistischem Hintergrund.

Zeitnah vor Beginn der Veranstaltung wird eine Bewertung der Gefährdungslage durch das Landeskriminalamt Berlin erfolgen, diese wird sodann kontinuierlich fortgeführt.

Frage 2: Plant der Senat, ein eigenes Sicherheitskonzept für die Durchführung der IGA 2017 in Marzahn-Hellersdorf zu erstellen? Wenn nein, warum nicht?

Antwort zu 2: Für die IGA Berlin 2017 wurde ein eigenes Sicherheitskonzept erarbeitet, welches mit Feuerwehr und Polizei abgestimmt wird. Ob dieses Sicherheitskonzept zu modifizieren ist, kann im Lichte der unter 1 genannten noch laufenden Gespräche entschieden werden.

Frage 3: Wird es zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen während der IGA 2017 geben?

Antwort zu 3: Nach den Abstimmungen mit Polizei und Feuerwehr und vor dem Hintergrund der noch nicht abschließend erfolgten Einschätzungen der Sicherheitslage werden der IGA Berlin 2017 im Frühjahr ggf. zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen durch die Genehmigungsbehörde vorgegeben oder empfohlen.

Berlin, den 25. Januar 2017

In Vertretung

Stefan Tidow

.....

Senatsverwaltung für

Umwelt, Verkehr und Klimaschutz

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 30. Jan. 2017)